



Institut für Ost- und
Südosteuropaforschung
Institute for East and
Southeast European Studies

Arbeitsbereich Ökonomie

IOS Working Papers

Nr. 315 Mai 2012

Zur Akzeptanz politischer und marktwirtschaftlicher Reformen in Osteuropa: Empirische Befunde und Erklärungsansätze

Jürgen Jerger^{*}

^{*} Universität Regensburg und Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) Regensburg.
Korrespondenzadresse: Universität Regensburg, Universitätsstr. 31, D-93053 Regensburg.
Email: juergen.jerger@wiwi.uni-r.de. Web: www.wiwi.uni-r.de/jerger. Tel.: ++ 49-(0)941-943-2697.
Beitrag zur Jahrestagung 2012 des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Vereins für Social-
politik (zur Veröffentlichung im Tagungsband).



Landshuter Straße 4

D-93047 Regensburg

Telefon: (09 41) 943 54-10

Telefax: (09 41) 943 54-27

E-Mail: info@ios-regensburg.de

Internet: www.ios-regensburg.de

Inhaltsverzeichnis

Abstract	v
A Einleitung	1
B Zur Setzung, Akzeptanz und Wirkung von Ordnungsrahmen	4
I Einige konzeptionelle Überlegungen	4
II Institutionen, Akzeptanz und wirtschaftliche Ergebnisse	7
C Wirtschaftsentwicklung und (markt-)wirtschaftliche Institutionen.....	9
I Wirtschaftliche Entwicklung	9
II Institutionelle Entwicklung	13
III Wirtschaftliche und institutionelle Entwicklung	15
D Evidenz aus Mikrodaten	20
E Schluss	27
Anhang	29
Literatur	30

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Ansichten zur politischen und Wirtschaftsordnung	21
-----------	--	----

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Kenngößen zum Niveau des realen BIP pro Kopf	10
Abbildung 2	Kenngößen zur Streuung des realen BIP pro Kopf	11
Abbildung 3	Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten des realen BIP pro Kopf über den Gesamtzeitraum und seit 2000	12
Abbildung 4	Kenngößen für die transition indicators	14
Abbildung 5	Korrelation zwischen realem BIP pro Kopf und transition indicators über die Länder	15

Abbildung 6	Länderspezifische Korrelation zwischen realem BIP pro Kopf und transition indicators über die Zeit	17
Abbildung 7	Zustimmung zu markt- bzw. planwirtschaftlichen Ordnungen, nach Ländern.....	23
Abbildung 8	Mögliche Determinanten der Zustimmung zum Markt	24
Abbildung 9	Einstellungen zum Wirtschaftssystem und Betroffenheit von der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise	26

Abstract

Die Staaten Osteuropas haben seit dem Fall des Eisernen Vorhangs ausgehend von einer institutionell recht homogenen Situation eine sehr heterogene Entwicklung genommen. Diese Heterogenität bezieht sich nicht nur auf einige zentrale makroökonomische Größen, sondern insb. auch auf die Ebene politischer und (markt-) wirtschaftlicher Reformen und die Qualität der daraus resultierenden Institutionen. Es ist insb. auch bemerkenswert, dass sich politische und wirtschaftliche Liberalität durchaus nicht so parallel entwickelt haben, wie das die *Eucken*'schen Überlegungen zur „Interdependenz der Ordnungen“ hätten vermuten lassen. In dem Beitrag werden einige konzeptionelle Überlegungen zur Rolle von Akzeptanz für das wirtschaftliche und politische System angestellt und danach mit Hilfe von makro- und mikroökonomischen Datensätzen die Situation in den osteuropäischen Transformationsländern beschrieben.

In the transformation economies of Eastern Europe a rather high level of institutional heterogeneity developed after having started at low, albeit quite similar levels after the fall of the Iron Curtain. This heterogeneity is relevant both at the level of the major macroeconomic indicators and the level of indicators of institutional reforms and the resulting institutional quality. It is remarkable that political and economic liberty did not develop in lockstep as could have been expected from Walter Eucken's reflections on the interdependency of orders. In this contribution, some conceptual remarks are made on the role of the acceptance of economic and political systems. After that, we look at macro- and microeconomic datasets in order to describe the situation in the transformation economies.

A Einleitung

Die Frage nach Dominanz und Akzeptanz zentraler bzw. dezentraler gesellschaftlicher Koordinationsmechanismen schien nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und den weitgehend friedlichen Revolutionen in und nach 1989/90 geklärt zu sein. So wie die überwiegende Mehrheit der Menschen in der ehemaligen DDR auf der Suche nach Freiheit und materiellem Wohlstand – in welcher relativen Gewichtung auch immer – in das marktwirtschaftliche System Westdeutschlands drängte, ergaben sich in den Ländern des Einflussbereiches der ehemaligen Sowjetunion deutliche Veränderungen in Richtung dezentraler Koordination und damit marktwirtschaftlicher Elemente. Allerdings ist die Bandbreite der Veränderungen über diese Länder frappierend groß. Sie reicht von solchen Ländern, die schon seit 2004 unbestrittene, vollwertige und vollständig akzeptierte Mitglieder der Europäischen Union sind bis hin zu Weißrussland, das auch in abgewogenen Kommentaren gerne als „letzte Diktatur Europas“ bezeichnet wird – jüngst sogar von Außenminister Westerwelle.

Mit dem Zusammenbruch der Zentralverwaltungswirtschaften hat die Analyse liberaler Ökonomen – allen voran *von Hayek's* (1944) „Road to Serfdom“ – letztlich Recht behalten: Die massive Beschränkung individueller Freiheiten zugunsten eines Staates mit sehr umfassenden Eingriffsrechten und Gestaltungsansprüchen kann auf die Dauer nicht funktionieren, nicht nur, aber auch weil damit wirtschaftliche Ineffizienzen einhergehen; gegen den damit beschrifteten „Weg in die Knechtschaft“ werden sich die Geknechteten früher oder später zur Wehr setzen. Damit bereitet letztlich die fehlende Akzeptanz eines totalitären Systems den Boden für dessen Beendigung.¹

¹ Dies ist übrigens eine valide Analyse, auch wenn daraus keine Aussage darüber folgt, exakt unter welchen Bedingungen oder gar zu welchem Zeitpunkt die Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Repressionstechniken totalitärer Regime die Oberhand gewinnt. Insbesondere ist diese Analyse auch nicht im Widerspruch dazu, dass vor den Ereignissen 1989/90 diese von niemandem so prognostiziert worden waren. Es ist diese Entwicklung das vielleicht treffendste Beispiel für die Unterscheidung zwischen *von Hayek'schen* Musteraussagen auf der einen Seite und Prognosen auf der anderen Seite. Es ist auch sicherlich richtig, dass die Organisierbarkeit von Interessen darauf einen wichtigen Einfluss hat und so die Verfügbarkeit moderner Informations- und Kommunikationstechnologie von großer Bedeutung ist. Darauf wird beispielsweise immer wieder im Zusammenhang mit den Ereignissen des „Arabischen Früh-

Eine mehrheitliche Akzeptanz des Wirtschaftssystems ist aber auch für dessen Funktionieren in einem nicht totalitären System notwendig – die Logik eines sich aufbauenden Anpassungsdrucks ist nicht systemabhängig. Gerade in funktionierenden Demokratien ist die Anpassung aufgrund mangelnder Akzeptanz eine schlichte Selbstverständlichkeit. Hier definiert sich die Legitimität einer Regierung geradezu dadurch, dass sie gesellschaftliche – und damit auch wirtschaftliche – Spielregeln setzt, die die Akzeptanz der Mehrheit finden.

Daher muss es sehr skeptisch stimmen, wenn im Jahr der Wiedervereinigung noch knapp 80% der Ostdeutschen die Frage, ob sie eine gute oder keine gute Meinung vom Wirtschaftssystem in Deutschland haben, mit „gute Meinung“ antworteten, dieser Wert aber schon 1996 auf etwa 20% gesunken ist. Diese Entwicklung fand in Deutschland ein recht weitgehendes Echo, zuletzt in einem Gutachten des *Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie* (2010). Vgl. dazu auch *Kaminski et al.* (2007) oder die verschiedenen Veröffentlichungen, die von oder im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung zu diesem Thema vorgelegt wurden, insb. *Institut für Demoskopie Allensbach* (2010).²

Wenn man sich mit der Frage nach der Akzeptanz von marktwirtschaftlichen Ordnungen beschäftigt, drängt sich aus deutscher bzw. westeuropäischer Perspektive ein Blick nach Osten geradezu auf. Denn in den Ländern des ehemaligen „Ostblocks“ – so die gängige, wenn auch existierende Unterschiede eher verschleiende Bezeichnung – haben nach 1989/90 marktwirtschaftliche Reformen stattgefunden, deren Wirkungen bereits intensiv studiert wurden und die auch aufgrund der nach wie vor recht großen Heterogenität zwischen diesen Ländern ein lohnendes empirisches Forschungsfeld darstellen. Daher wird sich dieser Beitrag mit der Akzeptanz politischer und marktwirtschaftlicher Reformen in diesem Gebiet beschäftigen.

lings“ hingewiesen, aber auch mit den Protesten gegen die allzu offensichtlichen Verletzungen demokratischer Prinzipien in Russland.

² Diese und weitere Veröffentlichungen der Bertelsmann-Stiftung zum Thema „Zukunft Soziale Marktwirtschaft“ sind verfügbar unter http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-072A39DC-F40595A2/bst/hs.xsl/99673_99684.htm.

Der Rest dieses Beitrags ist wie folgt gegliedert. Im folgenden Abschnitt B werden einige konzeptionelle Überlegungen zur Akzeptanz wirtschaftlicher und politischer Ordnungssysteme bzw. Reformen angestellt. Abschnitt C befasst sich mit Daten zur wirtschaftlichen und institutionellen Entwicklung auf der makroökonomischen Ebene, während Abschnitt D Mikrodaten aus Umfragen heranzieht. Kurze Schlussbemerkungen erfolgen in Abschnitt E.

B Zur Setzung, Akzeptanz und Wirkung von Ordnungsrahmen

I Einige konzeptionelle Überlegungen

„He [the leader] will be able to obtain the support of all the docile and gullible, who have no strong convictions of their own but are prepared to accept a ready-made system of values if it is only drummed into their ears sufficiently loudly and frequently. It will be those whose vague and imperfectly formed ideas are easily swayed and whose passions and emotions are readily aroused who will thus swell the ranks of the totalitarian party.”

von Hayek (1944), p. p. 138/9

„In no system that could be rationally defended would the state just do nothing.“

von Hayek (1944), p. 39

Auch wenn das Nachdenken über Wesen und Wünschbarkeit staatlicher Organisation sehr viel weiter zurückreicht, ist für die Frage nach der Rolle der Akzeptanz einer politischen und wirtschaftlichen Ordnung die *Rousseau*'sche Idee eines umfassendes Gesellschaftsvertrags (contract social) von besonderer Bedeutung. Um diesen Vertrag zu rechtfertigen und auszufüllen greift *Rousseau* auf die gedankliche Konstruktion eines „allgemeinen Willens“ (volonté générale) zurück. In *Rousseaus* eigenen Worten: „Jeder von uns stellt gemeinschaftlich seine Person und seine ganze Kraft unter die oberste Leitung des allgemeinen Willens, und wir nehmen jedes Mitglied als untrennbaren Teil des Ganzen auf.“³ Mit dieser Konstruktion ist das Problem der Akzeptanz des Gesellschaftsvertrags per Annahme aus der Welt geschafft. Betont wird der Charakter einer Annahme durch die Überschrift des ersten Kapitels von Buch 4: „Der allgemeine Wille ist unzerstörbar“. In dem Kapitel selbst führt *Rousseau* dann wenig konkret aus, dass es „nur gesunder Vernunft“ bedürfe, um diesen allgemeinen Willen bzw. das Gemeinwohl zu erkennen.

³ *Rousseau* (1758), 1. Buch, 6. Kapitel (Der Gesellschaftsvertrag).

Damit ist schon *Rousseau* wenigstens implizit sehr klar, dass eine gesellschaftliche Organisation auf der Akzeptanz aller beruht. Er erkennt aber auch, dass der allgemeine Wille nicht der Aggregation der Einzelmeinungen entsprechen muss⁴, und führt dazu auch aus, dass die Abwesenheit der Macht von Interessengruppen der Akzeptanz des allgemeinen Willens zuträglich ist. Auf einen möglicherweise auch ohne Vermachtung existierenden Widerspruch von Einzel- und Kollektivinteressen geht *Rousseau* jedoch nicht ein. Dies ist einer der Punkte, der rechtfertigen mag, warum *Brandt/Herb* (2000, S. 3/4) *Rousseau* (1758) als „bloßes Projekt“ bezeichnen, das nur Teil eines Ganzen hätte sein sollen, aber „am Ende schon das Ganze [war].“

Das erste der beiden dieses Kapitel einleitenden Zitate aus *von Hayeks* „The Road to Serfdom“ wird hier schon deutlich konkreter – und realistischer. Wohl nicht zuletzt aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus zieht er die Lehre, dass eher die „Fügsamen und Leichtgläubigen“ ein totalitäres System akzeptieren und unterstützen werden; das ist sicherlich ein wichtiger Mechanismus für die Erklärung von gegenüber freiheitlichen Systemen weniger guten Ergebnissen gesellschaftlichen Handelns. Gleichzeitig war *von Hayek* klar, dass ein Staat in allen denkbaren Gesellschaftsordnungen eine gewisse Rolle zu spielen hat. Insofern ist die Grenze zwischen Zentralität und Dezentralität, zwischen dem Gestaltungsspielraum staatlicher Institutionen und Individuen, durchaus nicht eindeutig, sondern stets Gegenstand von Auseinandersetzungen bzw. Handlungsparameter im politischen Wettbewerb. In der Tat ist die Bandbreite für die konkrete Verortung dieser Grenze auch in marktwirtschaftlich geprägten Demokratien sowohl im internationalen wie auch im intertemporalen Vergleich recht groß. So ist die Rolle des Staates beispielsweise bei der Finanzierung und Bereitstellung von Gesundheitsleistungen oder der tertiären Bildung von Land zu Land sehr unterschiedlich. Ein gutes Beispiel dafür ist die in den USA offenbar fehlende Akzeptanz für die von den Präsidenten Clinton und Obama intendierte umfassende Krankenversicherung, wie sie in den meisten Ländern Europa weithin akzeptierter und geforderter Standard ist.

⁴ „Oft ist ein großer Unterschied zwischen dem Willen aller und dem allgemeinen Willen; letzterer geht nur auf das allgemeine Beste aus, ersterer auf das Privatinteresse und ist nur eine Summe einzelner Willensmeinungen.“ (*Rousseau* 1758, 2. Buch, 3. Kapitel)

Grundlegend für die Setzung eines konsistenten Ordnungsrahmens sind nach wie vor zwei zentrale Erkenntnisse in *Walter Euckens* (1952) Grundsätzen der Wirtschaftspolitik. Die erste betrifft die *Interdependenz der Ordnungen*, konkret: den engen und wechselseitigen Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Unterschiedliche Traditionen, Werte und Strukturen in einer Gesellschaft passen zu unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen bzw. bedingen diese sogar. *Eucken* (1952, S. 183) selbst nennt als Beispiel, dass ein selbständiger Bauernstand einer Akzeptanz zentraler Wirtschaftslenkung entgegensteht. Dies kann ergänzt werden durch Aspekte wie der Bedeutung von Familien- und Clanstrukturen, das Maß an Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen, oder auch die relative Bedeutung ländlicher Gebiete und urbaner Zentren. Diese drei Aspekte spielen gerade in Osteuropa eine recht große und über die diversen Länder sehr unterschiedliche Rolle.

Die zweite Erkenntnis ist die von der *Zusammengehörigkeit der konstituierenden Prinzipien* (*Eucken* 1952, S. 289 f.). Hier geht es darum, dass nicht einfach bestimmte Elemente einer wettbewerblichen Ordnung herausgegriffen werden können, sondern erst in ihrem Zusammenhang Sinn machen. Ein tieferliegender Grund für die aktuelle Banken- und Staatsverschuldungskrise ist sicherlich, dass in wettbewerblichen Systemen das Prinzip der Haftung partiell außer Kraft gesetzt wurde. Die Übernahme exzessiver Risiken folgt da schon fast zwingend im Zusammenspiel mit der Beibehaltung der Prinzipien offener Märkte und des Privateigentums.

Schließlich muss betont werden, dass sich nicht einfach die Akzeptanz eines Ordnungsrahmens aus dessen Funktionsfähigkeit ergibt, sondern auch umgekehrt die Akzeptanz eine Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit ist. Wenn es denn tatsächlich den „neuen Menschen“ der marxistischen Theorie (einigermaßen flächendeckend) gegeben hätte, dann wäre zumindest ein Hindernis für das Funktionieren kollektiver Wirtschaftsformen aus dem Weg geräumt gewesen. Vor allem die Funktionsfähigkeit politischer Ordnungsrahmen hängt sehr stark von deren Akzeptanz ab. So hat gerade die amerikanische Außenpolitik seit einigen Jahrzehnten immer wieder die Erfahrung machen müssen, dass der Export demokratischer Werte nicht funktioniert, wenn diese nicht von einer breiten Mehrheit akzeptiert und gewünscht werden.

II Institutionen, Akzeptanz und wirtschaftliche Ergebnisse: Ein kurzer Überblick

Die Transformation der ehemaligen Zentralverwaltungswirtschaften nach dem Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion stieß natürlich von Anfang an auf das Interesse der Profession, auch weil Analyse und Versuche, den Prozess mitzugestalten oft eng miteinander verbunden waren. Die Literatur dazu befasst sich mit zwei der Elementen auch dieses Beitrags, nämlich den Institutionen und deren Bedeutung für die wirtschaftlichen Ergebnisse. Ein Standardwerk der Transformationsliteratur ist *Roland* (2000), der insb. immer wieder die internationalen Unterschiede in den Transformationsstrategien, deren Geschwindigkeit und zeitlichen Sequenz abstellt.⁵ Zwei frühe Pionierbeiträge zu dieser Literatur sind *Aghion/Blanchard* (1994) sowie *Blanchard/Kremer* (1997). In diesem Bereich ist auch die Arbeit von *Aristei/Perugini* (2011) anzusiedeln. In diesem wird gezeigt, dass die genaue Zusammensetzung und Sequenzierung der institutionellen Reformen einen bedeutsamen Einfluss auf die im Transformationsverlauf generell wachsende Ungleichheit der Einkommensverteilung hat. Auch wenn in dem Papier die Einkommensungleichheit nicht explizit mit der Akzeptanz der Institutionen bzw. institutionellen Reformen in Verbindung gebracht wird, liegt der Zusammenhang auf der Hand.

In der bisherigen Literatur ist das Thema „Akzeptanz“ nur auf konkrete Teilaspekte bezogen worden, insb. auf die Art und Weise der Privatisierung und der Geschwindigkeit der Reformen. So benutzen beispielsweise *Denisova et al.* (2007, 2012) den auch in diesem Beitrag verwendeten LITS-Datensatz, um der Frage nachzugehen, wer und warum die Wiederverstaatlichung zuvor privatisierten Eigentums möchte bzw. ablehnt. Die frühere Literatur zu diesem Thema wird in *Meggison/Netter* (2001) aufgearbeitet. Eine breite Literatur entwickelte sich auch mit Blick auf die Auswirkungen (verschie-

⁵ Siehe auch den von *Roland* (ed., 2011) kürzlich herausgegeben Band, in dem auch aktuellere Entwicklungen ihren Niederschlag finden.

dener Arten) der Privatisierung auf die Produktivität und andere Parameter auf der Firmenebene (siehe *Estrin et al. 2009*).

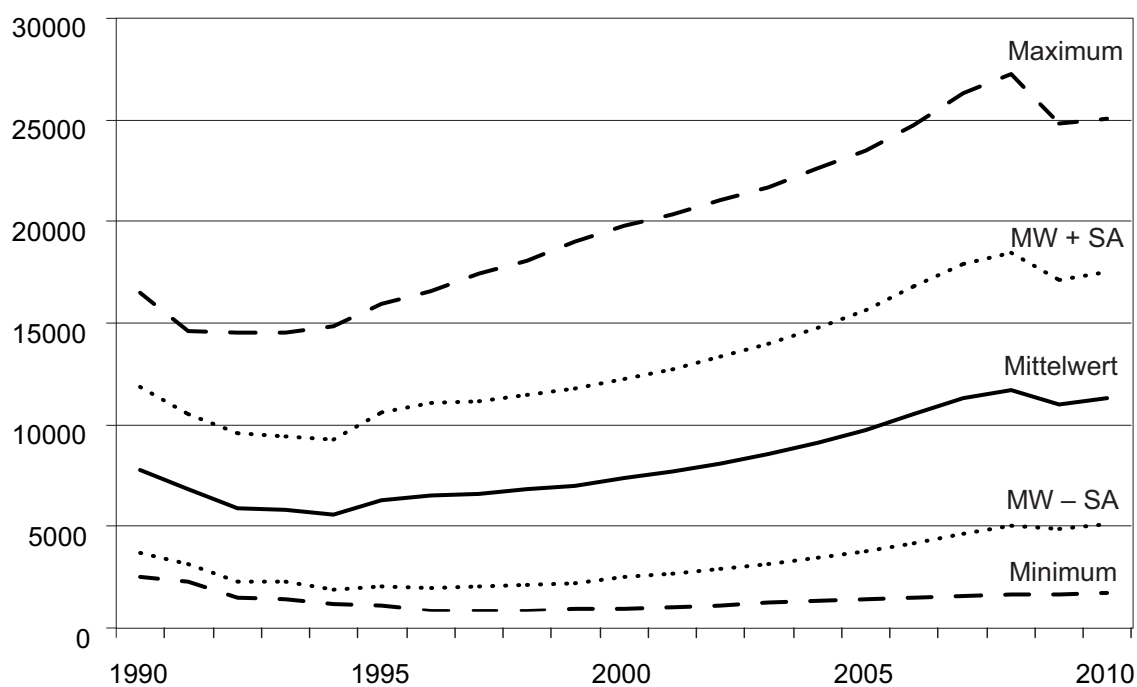
Relevant für das Thema dieses Beitrags ist auch ein breiter Literaturstrang zur Wirkung demokratischer Strukturen auf Wirtschaftswachstum. Diese Studien tun sich mit einem klaren Befund schwer (siehe z.B. *Apolte 2011*), während der positive Einfluss der Qualität von Institutionen recht unbestritten ist (siehe z.B. *Hall/Jones 1999*). Ein einschlägiger Literaturüberblick findet sich bei *Durlauf et al. (2005)*. *Papioannou/Siourounis (2008)* können aber zeigen, dass die frühere Literatur nicht hinreichend auf langfristige Effekte achtete. So bringt zwar eine Demokratisierung keine großen Effekte in der kurzen Frist, weil sich aber mittel- und langfristig die Wachstumsraten in einer Demokratie auf einem höheren Niveau stabilisieren, sind die langfristigen Effekte dennoch bedeutsam.

C Wirtschaftsentwicklung und (markt-)wirtschaftliche Institutionen: Makrodaten

In diesem Abschnitt wird anhand von Daten, die sich auf die Ebene des jeweiligen Landes beziehen, ein erster Blick auf die wirtschaftlichen und institutionellen Entwicklungen in den Ländern Osteuropas einschl. der nichteuropäischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion geworfen. Inkludiert in die Betrachtungen sind die Länder des ehemaligen Jugoslawiens (außer Kosovo). Anhang 1 beinhaltet eine genauere Beschreibung der Datengrundlage einschließlich einer Liste der in die folgende Untersuchung eingeschlossenen Länder. Der erste Unterabschnitt befasst sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung, der zweite mit einem kurzen Blick auf die institutionellen Veränderungen in den Ländern. Danach wird auf die Korrelation zwischen wirtschaftlicher und institutioneller Entwicklung eingegangen.

I Wirtschaftliche Entwicklung

Auch schon vor der Wende 1989/90 war die Region geprägt von einer starken wirtschaftlichen Heterogenität. Die Abbildungen 1 und 2 zeigen diverse Kenngrößen der Entwicklung des realen BIP pro Kopf seit 1990 (in Kaufkraftparitäten und gemessen in US-\$ zu Preisen von 2005). In Abbildung 1 sind dies der (ungewogene) Mittelwert über alle Länder in den jeweiligen Jahren, die Minima und Maxima sowie den Korridor von plus/minus einer Standardabweichung um den Mittelwert. Seit Vorliegen der Daten (1995) nimmt Slowenien die Spitzenposition ein, während das untere Ende durch Tadschikistan sowie mit geringem Abstand Kirgisien eingenommen wird.

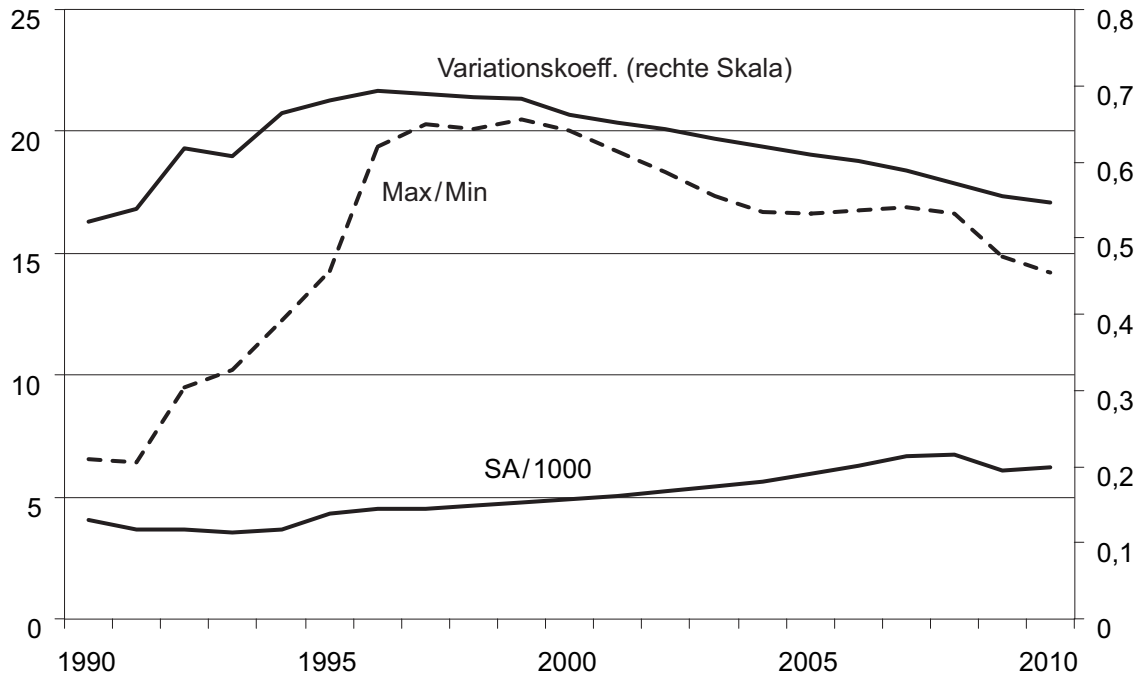


Quelle: UNECE, eigene Berechnungen

Abbildung 1 Kenngrößen zum Niveau des realen BIP pro Kopf (in Kaufkraftparitäten in US-\$ zur Preisen von 2005)

Der deutliche Einbruch der Wirtschaftsleistung nach dem Zusammenbruch des alten Wirtschaftssystems während der ersten Hälfte der 1990er Jahre ist über die verschiedenen Entwicklungsniveaus hinweg gut zu sehen; für das Wiedererreichen des Pro-Kopf-BIP von 1990 war im Mittelwert etwas mehr als ein Jahrzehnt notwendig. Am oberen Ende ging es etwas schneller, am unteren Ende war selbst 2010 noch nicht das Niveau vor dem Kollaps der Sowjetunion wieder erreicht. Es wird auch deutlich, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008/9 vor allem die reicheren Länder betroffen hat. Auch wenn im Rahmen dieses Beitrags auf diesen Befund nicht näher eingegangen werden kann, hat dies zu tun mit den sehr unterschiedlichen Graden der real- und finanzwirtschaftlichen internationalen Verflechtung. Grob gesagt: Länder, die ohnehin wenig in die internationale Arbeitsteilung eingebunden sind, haben unter der weltweiten Krise auch kaum gelitten.

Die massiven Wohlstandsunterschiede über die Länder hinweg werden in Abbildung 2 noch deutlicher.



Quelle: UNECE, eigene Berechnungen

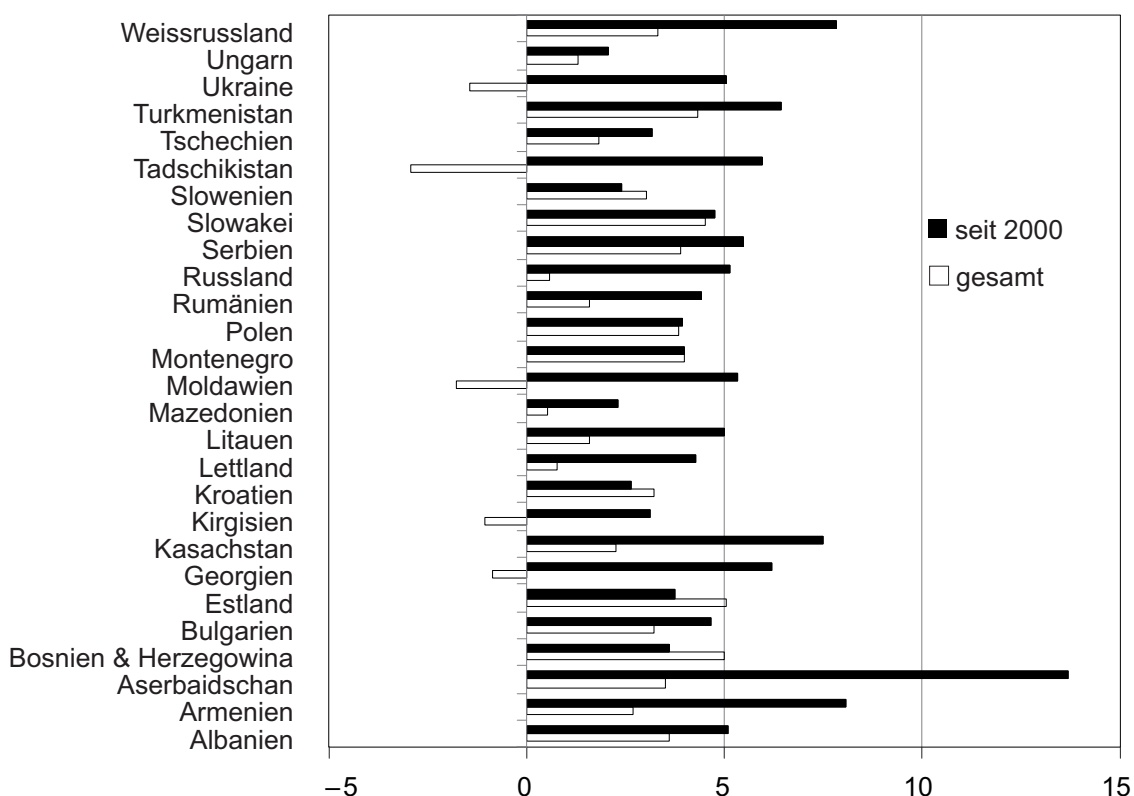
Abbildung 2 Kenngrößen zur Streuung des realen BIP pro Kopf (in Kaufkraftparitäten in US-\$ zur Preisen von 2005)

Die Max/Min-Reihe gibt den Faktor an, um den das Pro-Kopf-BIP im reichsten Land das des ärmsten Landes übersteigt. Lag dieser Abstand im Jahr 1990 bei dem ja auch schon beachtlichen Wert von 6,5, so stieg dieser bis 1999 auf den Höchstwert von 20,5, um danach v.a. im Zuge der Krise ab 2008 auf einen Wert von 14,2 zu sinken. Für die gesamte Länderstichprobe ergibt sich das Bild einer über die Zeit fast durchgängig steigenden Streuung.⁶ Allerdings stieg über den gesamten Stichprobenzeitraum die

⁶ SA/1000 ist der (aus Gründen der Darstellung) um den Faktor 1000 herunterskalierte Wert der zu jedem Zeitpunkt über die Länderstichprobe hinweg gemessenen Standardabweichung der Daten für das reale Pro-Kopf-BIP.

Standardabweichung in etwa proportional zum Stichprobenmittelwert, so dass sich der Variationskoeffizient für 2010 (wieder) in etwa auf dem Niveau von 1990 befindet.

Abbildung 3 bietet schließlich noch einen Blick auf jedes einzelne Land, wobei die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten für den jeweils insg. zur Verfügung stehenden Zeitraum und seit 2010 angegeben sind. In immerhin fünf der 27 Länder (Georgien, Kirgisien, Moldawien, Tadschikistan und in der Ukraine) waren bis 2010 die wirtschaftlichen Verluste aus der Transformation noch nicht wieder aufgeholt. Die Bandbreite der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten von -3% (Tadschikistan, seit 1993) bis +5% (Estland, seit 1995) macht noch einmal deutlich, wie unterschiedlich die Entwicklungen verlaufen sind.



Quelle: UNECE, eigene Berechnungen

Abbildung 3 Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten des realen BIP pro Kopf über den Gesamtzeitraum und seit 2000

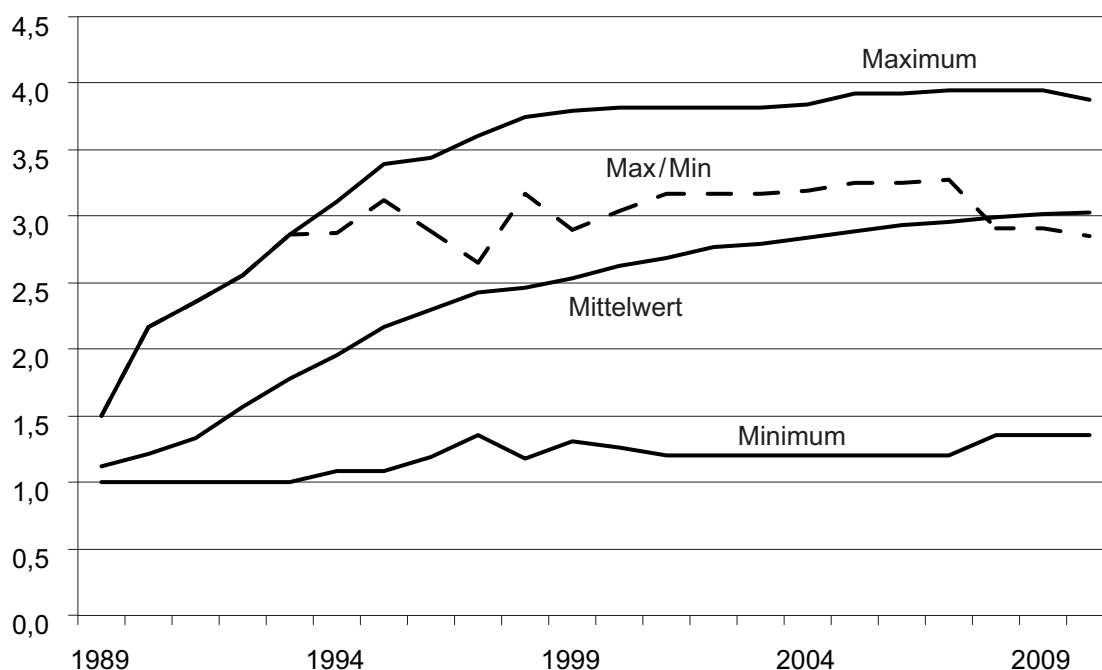
II Institutionelle Entwicklung

In diesem Abschnitt wird die institutionelle Entwicklung anhand der EBRD-Indikatoren für die Qualität wirtschaftlich relevanter Institutionen beschrieben. Diese Indikatoren eignen sich insofern für die Messung der Akzeptanz marktwirtschaftlicher Ordnungen als damit im Sinne einer Handlungsakzeptanz erfasst wird, entlang welcher Dimensionen eine Gesellschaft entsprechende Reformen haben durchsetzen lassen.

Die Messung institutioneller Qualität entlang verschiedener Dimension ist ein notorisch schwieriges Feld. Der wohl am weitesten verbreitete Satz an Kenngrößen für Reformfortschritte wirtschaftlich relevanter Institutionen sind die transition indicators der European Bank for Reconstruction and Development. Diese Indikatoren bewerten in den in den Stufen 1 bis 4+ (= 4,33) die folgenden Aspekte: Privatisierung großer Unternehmen, Privatisierung kleiner Unternehmen, Unternehmensrestrukturierung, Preisliberalisierung, Handel und Währungssystem, Wettbewerbspolitik, Bankenreform und Zinsliberalisierung, Wertpapiermärkte und Finanzinstitutionen außerhalb des Bankensektors sowie die folgenden Infrastruktur-Bereiche: Telekommunikation, Eisenbahn, Elektrizität, Straßen, Wasser und Abwasser.⁷

Die Analyse in diesem Abschnitt versucht erst gar nicht, die relative Relevanz einzelner Indikatoren zu bewerten – was schon allein deswegen schwierig ist, weil deren Korrelation sehr hoch ist –, sondern kondensiert die Information aus den genannten 13 Einzelindikatoren mit Hilfe einer einfachen Durchschnittsbildung.

⁷ Bei allen Problemen der Messung und Kategorisierung ist dieser Datensatz schon allein deswegen attraktiv, weil er sehr umfassend in der Abdeckung sowohl der geographischen wie auch der zeitlichen Dimension ist. Siehe auch *EBRD* (2010) sowie *Besley et al.* (2011).



Quelle: EBRD, eigene Berechnungen

Abbildung 4 Kenngrößen für die transition indicators

Abbildung 4 zeigt, dass die institutionelle – in krassem Gegensatz zur ökonomischen – Ausgangssituation über die Länder hinweg sehr homogen war. Außer in Polen, Ungarn und den mittlerweile unabhängigen Staaten des ehemaligen Jugoslawiens waren 1989 alle institutionellen Indikatoren auf dem Tiefstwert 1,0. Danach kam es aber zu einer in einigen Ländern recht raschen positiven Entwicklung und im Gefolge zu einer deutlichen Ausdifferenzierung. Während am unteren Ende⁸ kaum institutionelle Fortschritte zu verzeichnen waren, waren die Reformen in einigen Ländern sehr weitgehend. Das Verhältnis von Maximal- zu Minimalwert hat sich seit Mitte der 1990er Jahre bei drei eingependelt.

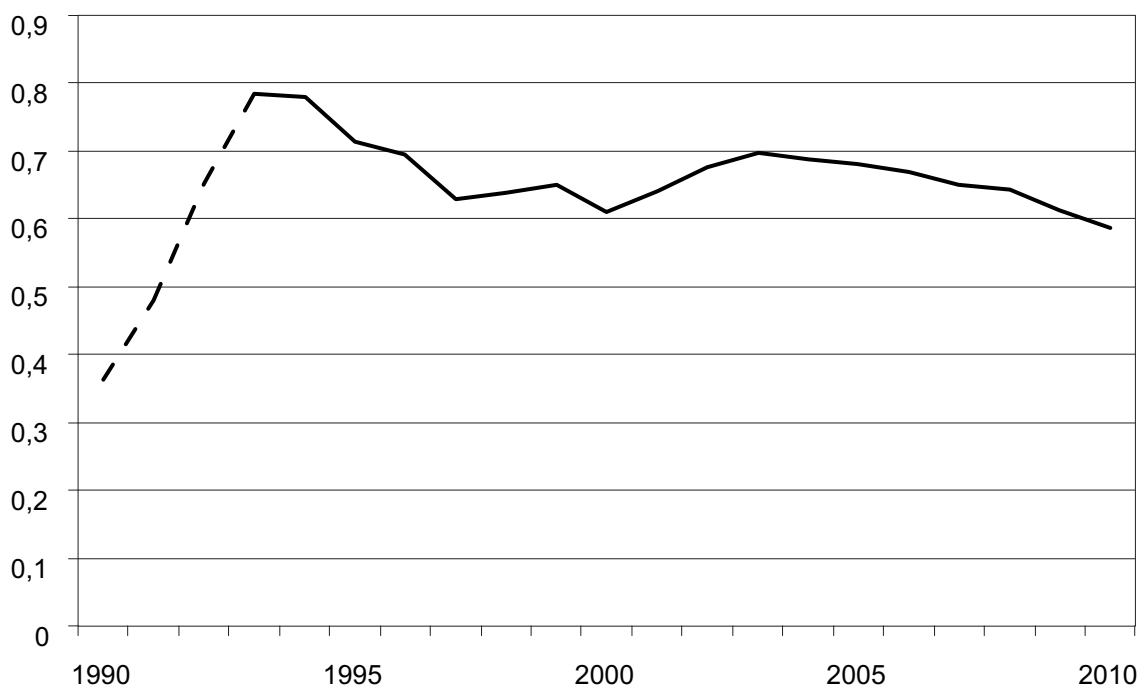
Im Durchschnitt über die Länder hinweg ist eine stetige Verbesserung der institutionellen Qualität zu verzeichnen, auch wenn es in einigen Ländern zeitweise eine rückläufige Entwicklung gab. So ist der in Abbildung 4 erkennbare leichte Rückgang des Maxi-

⁸ Seit dem Jahr 2000 nehmen mit einigem Abstand Turkmenistan und Weißrussland die beiden letzten Plätze ein.

malwertes zwischen 2009 und 2010 einer niedrigeren Bewertung der Indikatoren für Bankenreform und Zinsliberalisierung sowie Wasser und Abwasser in Ungarn geschuldet.⁹

III Wirtschaftliche und institutionelle Entwicklung

Die wirklich spannende Frage ist nun aber die nach dem Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung auf der einen Seite und der institutionellen Entwicklung auf der anderen Seite. Abbildung 5 präsentiert dazu die Korrelation zwischen dem Niveau des realen BIP pro Kopf und dem Durchschnittswert der transition indicators über die Länder in der Stichprobe für jedes Jahr, für das beide Reihen vorliegen, d.h. von 1990 bis 2010.



Quelle: UNECE, EBRD, eigene Berechnungen

Abbildung 5 Korrelation zwischen realem BIP pro Kopf und transition indicators über die Länder

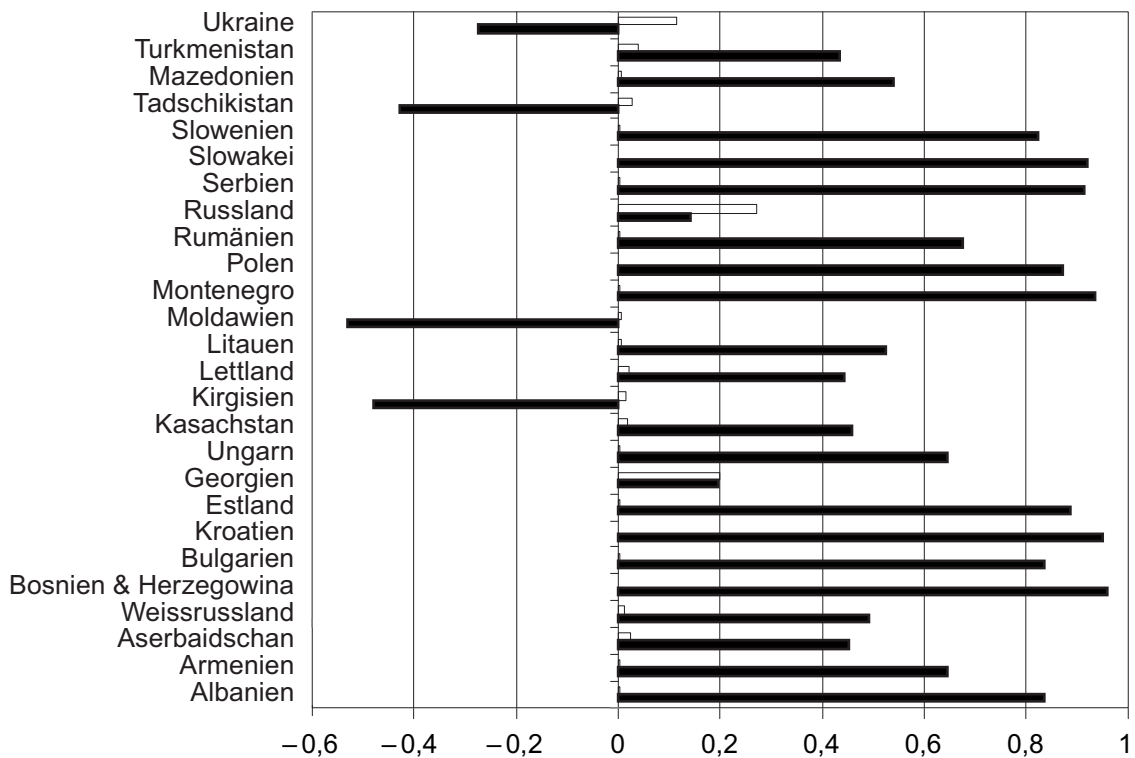
⁹ Ungarn nimmt jedoch seit 1992 durchgehend die Spitzenposition für den Durchschnitt der transition indicators ein.

Die Korrelationskoeffizienten sind für jedes Jahr positiv und recht hoch, außer dem Wert für 1990 sind alle gezeigten Koeffizienten auch hoch signifikant. Die Insignifikanz des Werts für 1990 ist der Kombination der beiden Tatsachen geschuldet, dass zum einen die Zahl der gemeinsamen Beobachtungen für beide Reihen mit 16 noch recht niedrig ist und zum anderen die Variabilität der transition indicators über die Länder (noch) recht gering ist. Weiterhin war in den ersten Jahren die Messung des BIP pro Kopf durchaus problematisch, so dass den gemessenen Korrelationen vielleicht nicht zu viel Bedeutung zugemessen werden sollte – die Werte sind daher mit einer gestrichelten Linie verbunden. Trotz dieser für den Beginn der Transformationsperiode gültigen Einschränkung kann festgehalten werden, dass ganz offensichtlich institutionelle Qualität und wirtschaftliche Entwicklung Hand in Hand gingen. Eine kausale Interpretation wird hier ganz explizit nicht gegeben, es liegt aber auf der Hand, dass für beide Kausalitätsrichtungen valide Mechanismen identifiziert werden können.¹⁰

Die gerade gezeigte positive Korrelation über die Länder hinweg für jedes Jahr impliziert natürlich nicht, dass dies auch für alle Länder über die Zeit hinweg gilt. Abbildung 6 zeigt die Korrelationskoeffizienten über die Zeit für jedes einzelne Land als schwarze Balken. Die weißen Balken geben das Signifikanzniveau dafür an, dass der entsprechende Koeffizient signifikant von null verschieden ist.¹¹

¹⁰ Die effizienz- und damit outputsteigernden Wirkungen einer besseren institutionellen Qualität brauchen hier nicht weiter erläutert zu werden. Eine umgekehrte Kausalität lässt sich über zwei wesentliche Kanäle begründen. Zum einen sind in wirtschaftlich guten Umständen auch solche Reformen politisch leichter durchsetzbar, die bestimmte Gruppen eher (relativ) schlechter stellen. Zum anderen sind in den transition indicators der EBRD auch Infrastrukturmaßnahmen enthalten, die sich in einer florierenden Wirtschaft leichter finanzieren lassen.

¹¹ Ist dieser Balken nicht sichtbar, so ist einfach das Signifikanzniveau entsprechend gering.



Quelle: UNECE, EBRD, eigene Berechnungen

Abbildung 6 Länderspezifische Korrelation zwischen realem BIP pro Kopf und transition indicators über die Zeit

Wenig überraschend ist auch hier die Mehrzahl der Koeffizienten positiv und hochsignifikant, jedoch gibt es deutliche Ausnahmen. Für Russland und Georgien sind die Korrelationskoeffizienten zwar positiv, aber nicht signifikant. Für Kirgisien, Moldawien, Tadschikistan und die Ukraine sind die Koeffizienten negativ, und sogar signifikant. Lediglich für die Ukraine ist die Signifikanz mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von etwa 11% grenzwertig.

Damit wird deutlich, dass wirtschaftliche und institutionelle Entwicklung – jedenfalls wie sie durch die transition indicators gemessen wird – nicht notwendigerweise Hand in Hand gehen. Dies ist im Einklang mit der in Abschnitt B.II zitierten Literatur, die typischerweise im Rahmen von Wachstumsregressionen zu diesem Ergebnis kommt. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass es nicht nur auf den Durchschnittswert der insti-

tionellen Qualität über die Länder hinweg ankommt, sondern auch auf die Kompatibilität der verschiedenen Qualitätsmerkmale. Ein genauerer Blick auf die Indikatoren für die o.g. sechs Länder zeigt den folgenden Befund: In allen Ländern sind recht hohe Indexwerte um den Wert 4 in den Bereichen Preisliberalisierung sowie Handel und Währungssystem erreicht worden, während die Indices für Unternehmensrestrukturierung sowie Wettbewerbspolitik in all diesen Ländern im Bereich von 2 liegen, also recht niedrig sind. Damit liegt hier offenbar eine deutlich Diskrepanz vor zwischen der prinzipiellen Möglichkeit freien unternehmerischen Handelns im In- und Ausland auf der einen Seite und der faktischen Relevanz des Wettbewerbs auf der anderen Seite. Die verbalen Beschreibungen für den Indexwert 2 der beiden Kriterien lauten wie folgt:¹²

- Governance und Unternehmensrestrukturierung: *Moderately tight credit and subsidy policy, but weak enforcement of bankruptcy legislation and little action taken to strengthen competition and corporate governance.*
- Wettbewerbspolitik: *Competition policy legislation and institutions set up; some reduction of entry restrictions or enforcement action on dominant firms.*

Unternehmen in diesen Ländern haben also eine noch recht weiche Budgetrestriktion, Maßnahmen zur Durchsetzung des Wettbewerbs werden kaum ergriffen, die Markteintrittsbarrieren sind signifikant. In einem solchen Umfeld nützen dann natürlich auch die Möglichkeiten zur freien Setzung von Preisen und für grenzüberschreitenden Handel recht wenig. Es wird in diesen Ländern also die von Walter Eucken als wichtig erkannte *Zusammengehörigkeit der konstituierenden Prinzipien verstoßen* nicht berücksichtigt.

Weiterhin fällt auf, dass in den vier Ländern mit negativen Korrelationen in Abbildung 6 das Thema Korruption ganz besonders wichtig ist. So nehmen Kirgisien, Tadschikistan und die Ukraine – abgesehen von Turkmenistan – die hintersten Plätze für

¹² Quelle: http://www.ebrd.com/english/pages/research/economics/data/macro/ti_methodology.

den Corruption Perception Index in der hier benutzten Länderauswahl ein.¹³ Offenbar ist in einem sehr korrupten Umfeld die Wirksamkeit wirtschaftlicher Institutionen nicht mehr notwendigerweise gegeben, was zu den insignifikant positiven oder gar negativen Korrelationen zwischen BIP pro Kopf und der Qualität wirtschaftsrelevanter Institutionen führt.¹⁴ Dies wird dadurch plausibel, dass in einem korrupten Umfeld institutionelle Regelungen einfach(er) umgangen werden können, was die Bedeutung der Qualität von Institutionen schmälert. So ist beispielsweise eine auch weitgehende unternehmerische Freiheit bzgl. der Preissetzung nicht mehr von überragender Relevanz, wenn gleichzeitig die Etablierung bzw. der Betrieb einer Unternehmung nur durch Bestechungszahlungen möglich sind.

¹³ Die Daten für den Corruption Perception Index finden sich bei *Transparency International* (2012).

¹⁴ Man könnte gegen diesen Gedanken einwenden, dass Korruption per se ein Merkmal der wirtschaftsrelevanten Institutionen ist. Allerdings ist in den transition indicators Korruption nicht direkt abgebildet.

D Evidenz aus Mikrodaten

In diesem Abschnitt werden Mikrodaten aus zwei Befragungswellen des Life in Transition Surveys (LITS) herangezogen. Hier wurden in den Transformationsökonomien Ost- und Südosteuropas einschl. der zentralasiatischen Länder, Personen unter anderem über ihre Haltung zur wirtschaftlichen und politischen Ordnung gefragt. Pro Land wurden jeweils mehr als 1000 Haushalte befragt.

In beiden Wellen des LITS wurden die Respondent(inn)en gefragt, welcher der folgenden Aussagen sie am meisten zustimmen würden (Übersetzung durch den Autor):

- Eine Marktwirtschaft ist gegenüber jeder anderen Form eines Wirtschaftssystems vorzuziehen.
- Unter bestimmten Umständen kann eine Planwirtschaft einer Marktwirtschaft vorzuziehen sein.
- Für Menschen wie mich ist es egal, ob das Wirtschaftssystem als Marktwirtschaft oder als Planwirtschaft organisiert ist.

Eine analoge Frage wurde auch zur persönlichen Präferenz mit Blick auf politische Systeme gestellt; hier waren die folgenden Antworten möglich:

- Eine Demokratie ist gegenüber jeder anderen Form eines politischen Systems vorzuziehen.
- Unter bestimmten Umständen kann eine autokratische Regierung einer demokratischen Regierung vorzuziehen sein.
- Für Menschen wie mich ist es egal, ob die Regierung demokratisch oder autokratisch ist.

Tabelle 1 zeigt die Antworten über alle Länder hinweg in beiden Umfragen.

Tabelle 1 Ansichten zur politischen und Wirtschaftsordnung, jeweils über die gesamten Stichproben der beiden Erhebungswellen des LITS 2006 und 2010

Politik Wirtschaft	weiß nicht	keine Antw.	demo- kratisch	auto- kratisch	egal	Summe
weiß nicht	– 3623	– 1	– 1527	– 335	– 573	– 6059
keine Antw.	– 0	– 1	– 5	– 0	– 0	– 6
Markt	– 366	– 1	10334 11004	1051 1376	951 814	12336 13561
Plan	– 452	– 0	3612 4322	2777 3760	1119 1158	7508 9692
egal	– 360	– 0	2612 2789	718 958	5753 5439	9083 9546
Summe	– 4801	– 3	16558 19647	4546 6429	7823 7984	28927 38864

Die Zahlen in der ersten (zweiten) Zeile jeder Zelle geben jeweils die Werte für 2006 (2010) an. Die Kategorien „weiß nicht“ und „keine Antwort“ waren in der Welle 2006 nicht enthalten.

Quelle: EBRD, LITS 2006 und 2010, eigene Berechnungen

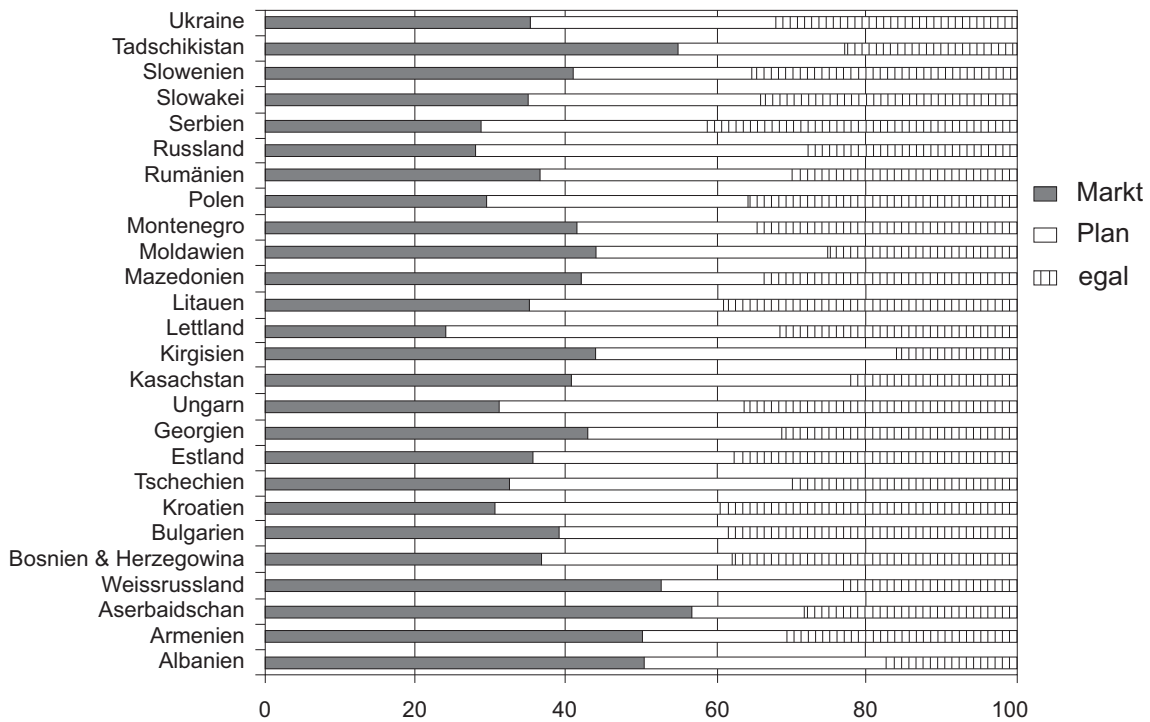
Die insgesamt knapp 29000 Antworten für 2006 und 39000 Antworten für 2010 weisen folgende wichtige Charakteristika auf:

- Eine demokratische Ordnung wird zwar von einer Mehrheit als wünschenswerte politische Ordnung erachtet, diese fällt aber 2010 mit 50,6% denkbar knapp aus. Vier Jahre zuvor war diese Mehrheit mit 57,2% noch deutlich solider.
- In 2010 gaben 16,5% an, eine autokratische Regierung zumindest „unter bestimmten Umständen“ zu bevorzugen. Eine recht große Zahl von Personen steht der Frage indifferent gegenüber bzw. weiß keine Antwort darauf. Gegenüber 2006, als 15,7% eine autokratische Regierung ggf. unterstützt hätten, ist dies nur eine recht geringfügige Änderung.

- In 2010 war die Zustimmung zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung mit 34,9% noch zurückhaltender als die gegenüber einem demokratischen politischen System; knapp die Hälfte ist gegenüber der Demokratie indifferent oder eher ablehnend. In 2006 haben noch 42,6% (57,2%) eine marktwirtschaftliche Ordnung (Demokratie) vorgezogen.
- Tabelle 1 zeigt auch, dass nur eine relativ geringe Zahl von Respondenten die Kombinationen „Markt und Autokratie“ oder „Plan und Demokratie“ bevorzugt. Beide sind ja gemäß der *Eucken*'schen Idee der Interdependenz der Ordnungen schlicht nicht möglich. In 2010 waren es 14,7%, in 2006 lag der Wert etwas höher bei 16,1%. Dabei findet eine „demokratische Planwirtschaft“ in beiden Erhebungswellen sehr viel mehr Zustimmung als eine „autokratische Marktwirtschaft“. Dies bekräftigt den o.g. Befund, dass die wirtschaftliche Ausprägung einer freien Gesellschaft in der öffentlichen Wahrnehmung weniger wichtig ist als die politische Ausprägung.

Zusammenfassend lässt sich sicherlich sagen, dass es 20 Jahre nach dem Aufgehen des Eisernen Vorhangs um die Reputation der Demokratie nicht gut und mit der Reputation der marktwirtschaftlichen Ordnung wirklich schlecht steht. Auch wenn der schlichte Vergleich der Erhebungswellen von 2006 und 2010 keine weitergehende Ursachenanalyse impliziert, liegt es doch nahe, hier einen Zusammenhang zur jüngsten weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zu sehen, wozu nachfolgend noch ein kurzer Blick auf die Daten geworfen wird.

Zunächst werden in Abbildung 7 aber noch die Antworten auf die obige Frage nach der Zustimmung zu markt- bzw. planwirtschaftlichen Ordnungen auf die einzelnen Länder heruntergebrochen.



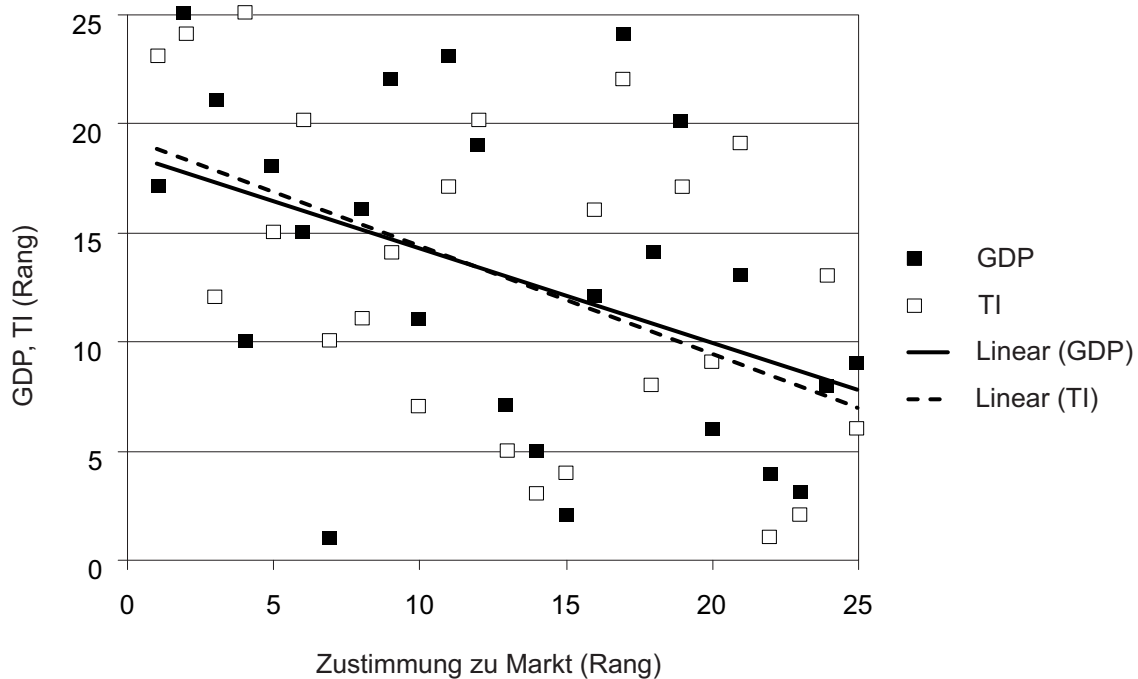
Quelle: EBRD, LITS 2010, eigene Berechnungen

Abbildung 7 Zustimmung zu markt- bzw. planwirtschaftlichen Ordnungen, nach Ländern

Die Unterschiede der Antworten über die Länder hinweg sind recht stark. Auffällig ist insbesondere, dass in den osteuropäischen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die Skepsis gegenüber marktwirtschaftlichen Ordnungen besonders stark ausgeprägt ist. Der niedrigste Zustimmungswert zur Marktwirtschaft wurde mit 24% in Lettland gemessen, der höchste mit knapp 55% in Tadschikistan.

Schon nur dieser Befund bedient nicht die Erwartungshaltung, dass eine marktwirtschaftliche Ordnung überall dort geschätzt und akzeptiert wird, wo eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung unter marktwirtschaftlichen Spielregeln stattgefunden hat. Tadschikistan ist immerhin das ärmste Land in der hier verwendeten Ländergruppe, für das Daten der UNECE dazu vorliegen. Daher liegt es nahe, den Zusammenhang zwischen der Zustimmung zur marktwirtschaftlichen Ordnung und dem durchschnittlichen Wohlstand in einer Volkswirtschaft etwas genauer zu betrachten. Als zum GDP pro Kopf alternative „Erklärung“ für die Zustimmung zum Markt wird außerdem die Qualität der Institutionen

in Erwägung gezogen. Beide Zusammenhänge sind in Abbildung 8 zu sehen, die etwas näher erläutert werden muss. Zunächst wurden für alle drei Reihen die Rangziffern für jedes Land berechnet. Für das BIP pro Kopf sowie die Durchschnittswerte der verschiedenen transition indicators ist die Vorgehensweise offensichtlich. Für die Zustimmung zum Markt wurden die Prozentsätze für die Zustimmung zu marktwirtschaftlichem bzw. planwirtschaftlichem Wirtschaftssystem voneinander subtrahiert. Aus der daraus resultierenden Zahl für jedes Land wurde dann der Rang berechnet. Um einen möglichen Zusammenhang zwischen den Rängen dieser drei Größen zu sehen, werden diese in Abbildung 8 in einem einfachen Scatterplot einander gegenübergestellt.

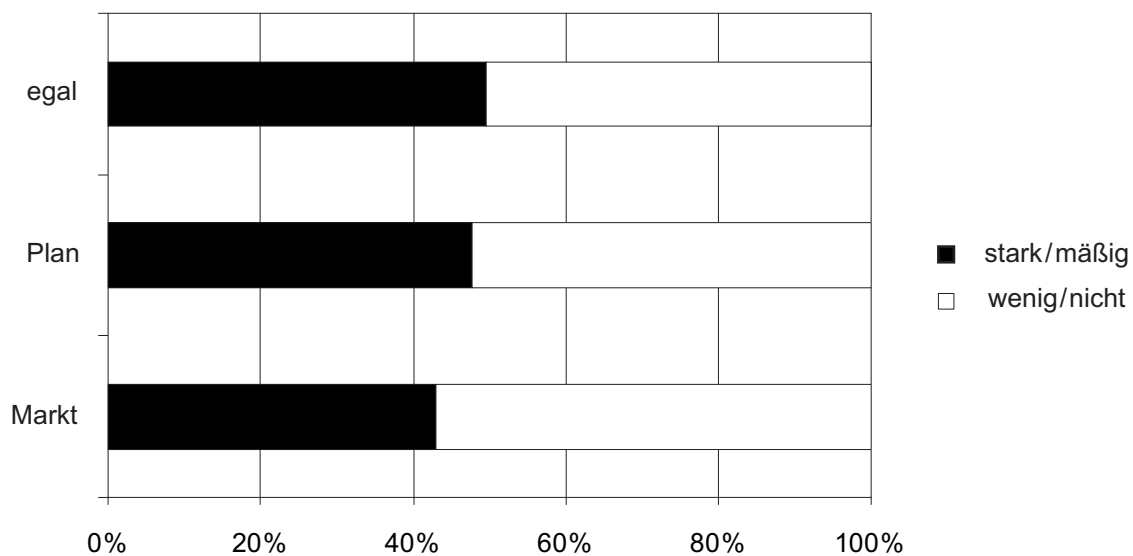


Quelle: UNECE, EBRD, eigene Berechnungen

Abbildung 8 Mögliche Determinanten der Zustimmung zum Markt: Wirtschaftlicher Wohlstand und Qualität marktwirtschaftlicher Institutionen

Das Ergebnis ist in der Tat überraschend. Wie aus Abbildung 8 zu entnehmen ist, sind es vor allem in der Tat die *ärmeren* Länder, und diejenigen mit dem *weniger fortgeschrittenen institutionellen Umfeld*, in denen die Respondenten eine Marktwirtschaft bevorzugen. Es scheint hier einen „Hoffnungs- und Enttäuschungseffekt“ zu geben, der einer Marktwirtschaft genau dann zur Popularität verhilft, wenn sie nicht bzw. nicht gut institutionell verankert ist. Demgegenüber überwiegt in reicheren und institutionell besser abgesicherten Ländern die Skepsis gegenüber marktwirtschaftlichen Elementen. Während also in schlecht funktionierenden Ökonomien die Marktwirtschaft als Hoffnung wahrgenommen zu werden scheint und daher positiv bewertet wird, stellt sich nach deren Einführung eine gewisse Enttäuschung ein – auch wenn sich entsprechende wirtschaftliche Erfolge eingestellt haben. Die jeweils negative Steigung der in der obigen Abbildung 8 eingezeichneten Regressionsgeraden ist in beiden Fällen sogar statistisch signifikant.

Eine weitere plausible Erklärung für die Ablehnung marktwirtschaftlicher Spielregeln könnte sein, dass dadurch eine Betroffenheit durch die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise zum Ausdruck kommt. Deren Ursachen werden ja vielfach – und auch nicht zu Unrecht – darin gesehen, dass manche (insbesondere Finanz-) Märkte zu wenig reguliert waren bzw. sind. Die Befragungen in der Welle 2010 des LITS hatten einen Frageblock zu Betroffenheit und Umfang mit der Krise. Eine Frage lautet, ob man stark, mäßig, wenig oder gar nicht von der Krise betroffen sei. Je zwei dieser Kategorien wurden zusammengefasst und für diese beiden Antwortkategorien die Einstellungen zu Plan- bzw. Marktwirtschaft (siehe Abbildung 7) untersucht. Abbildung 9 enthält das Ergebnis.



Quelle: EBRD, eigene Berechnungen

Abbildung 9 Einstellungen zum Wirtschaftssystem und Betroffenheit von der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise

Ganz offenbar spielt die persönliche Betroffenheit keine große Rolle, auch wenn die Marktbefürworter mit 42,9% etwas weniger häufig stark oder mäßig von der Krise betroffen waren als die Befürworter planwirtschaftlicher Elemente. Von diesen gaben 47,6% an, von der Krise stark oder mäßig betroffen zu sein.

E Schluss

Die Akzeptanz marktwirtschaftlicher Institutionen schien nach dem Fall des Eisernen Vorhangs vor gut 20 Jahren kein wirklich diskussionsbedürftiges Thema mehr zu sein. In den letzten Jahren hat sich jedoch eine zunehmende Unzufriedenheit mit der gesellschaftspolitischen Grundsatzentscheidung für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung eingestellt, auch wenn mit dieser Unzufriedenheit selten klare Artikulationen vermeintlich besserer Alternativen verbunden sind. Diese Unzufriedenheit ist teilweise wohl auch systemintern, v.a. insofern sie die berechtigte Bemängelung von Regulierungsdefiziten betrifft; diese spielten bzw. spielen für den Ausbruch und die Stärke der Finanz- und Wirtschaftskrise, die im Gefolge der Lehman-Pleite im Herbst 2008 ungeahnte Ausmaße annahm, eine unbestrittene Rolle. Mindestens genau so bedeutsam dürften ordnungspolitische Fehler sein, die im Zusammenhang mit der Bewältigung dieser Krise begangen wurde. *Otmar Issing* (2011) spricht in einem Zeitungsbeitrag sogar in Anspielung auf *von Hayek* (1944) von einem *Weg in die Knechtschaft*, der in Europa durch die Aushebelung des Haftungsprinzips, v.a. im Umgang mit dem Staatsverschuldungsproblem besprochen werden könnte.

Die aktuelle Debatte um die Akzeptanz der marktwirtschaftlichen Ordnung ist sehr weitgehend auf die entsprechenden Umfragen in Deutschland fokussiert. Es liegt jedoch nahe, gerade in den Transformationsökonomien nach der Akzeptanz des marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmens zu fragen – immerhin haben dort große Teile der Bevölkerung persönliche Erfahrungen sowohl in plan- als auch in marktwirtschaftlich geprägten Ordnungen. Die dafür wichtigste Datengrundlage sind zwei Wellen des LITS, innerhalb dessen auch nach Einstellungen zu ordnungspolitischen Grundsatzentscheidungen gefragt wird.

Es kann gezeigt werden, dass der für Deutschland erhobene Befund einer gesunkenen Akzeptanz marktwirtschaftlicher Ordnung auch für Länder weiter östlich zutrifft. Gerade in diesen Ländern ist die Erinnerung an die Vergangenheit des planwirtschaftlichen Erbes noch recht frisch. Dennoch (oder deswegen?) wird nun vielfach ein Schritt zurück gut heißen bzw. Unzufriedenheit mit dem Erreichten ausgedrückt. Nahelie-

gende Erklärungsversuche für diese Einstellung liegen in fehlendem wirtschaftlichem Wohlstand, in der mangelnden Qualität der Institutionen und auch in der persönlichen Betroffenheit durch die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise. Es konnte aber gezeigt werden, dass keiner dieser Gründe zutrifft.

Befürworter marktwirtschaftlicher Ordnungen stehen also vor einer mindestens doppelten Herausforderung: Zum einen muss noch deutlich besser verstanden werden, wovon die individuellen Einstellungen zu und Akzeptanz von alternativen Ordnungsrahmen abhängen, wofür der LITS-Datensatz recht gut geeignet ist und entsprechende Ansatzpunkte bietet. Zum anderen müssen aber die Vorteile marktwirtschaftlicher Ordnungen gegenüber den realistischen Alternativen deutlich gemacht werden. Ansonsten könnte sich die in den Daten herauslesbare Ablehnung des vorhandenen Wirtschaftssystems fatal auswirken. Eine marktwirtschaftliche Ordnung sollte aber nicht nur das System sein, das diejenigen wünschen, die es nicht haben. Vielmehr sollte sie auch ein System sein, das diejenigen behalten und ausbauen wollen, bei denen es schon umgesetzt ist.

Anhang Länder und Datenquellen

Daten für das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kaufkraftparitäten (gemessen in US-\$ des Jahres 2005) liegen vor für die folgende Liste von Ländern: Albanien, Armenien, Aserbaidschan (1991), Bosnien und Herzegowina (1997), Bulgarien (1995), Estland (1993), Georgien, Kasachstan, Kirgisien, Kroatien (1995), Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro (2000), Polen, Rumänien, Russische Föderation, Serbien, Slowakei (1993), Slowenien (1995), Tadschikistan, Tschechien, Turkmenistan (1994), Ukraine, Ungarn, Weißrussland. Die Jahreszahlen in Klammern geben das erste Jahr an, für das für das betreffende Land Daten vorliegen, soweit dies später ist als 1990. Für alle Länder liegen die Daten bis 2010 vor. Quelle: www.unece.org.

Die transition indicators der EBRD liegen für alle der o.g. Länder mit Ausnahme Tschechiens und vor. Alle der im Text genannten Teilindikatoren liegen vor ab 1989 mit Ausnahme des Indikators für Eisenbahnen, der erst ab 1998 angegeben ist. Die Daten reichen derzeit für alle Länder und Teilindikatoren bis 2010. Quelle: www.ebrd.com.

Die in Abschnitt E. verwendeten Mikrodaten des Life in Transition Surveys (LITS) liegen ebenfalls für alle der o.g. Länder vor, in diesem Fall mit der Ausnahme Turkmenistans. Wie im Text beschrieben werden Daten aus den beiden Wellen 2006 und 2010 herangezogen. Alle Daten sind (kostenlos) verfügbar über die bereits angegebene Website der EBRD.

Literatur

- Aghion, Philippe and Olivier Jean Blanchard (1994): On the Speed of Transition in Central Europe, in: NBER Macroeconomics Annual, Vol. 9, p. 283–320.
- Apolte, Thomas (2011): Democracy and prosperity in two decades of transition, in: Economics of Transition, Vol. 19, No. 4, p. 693–722.
- Aristei, David and Cristiano Perugini (2011): Speed and Sequencing of Transition Reforms and Income Inequality: a Panel Data Analysis, OEI-Working Paper No 302, October 2011.
- Besley, Tim, Matthias Dewatripont and Sergei Guriev (2011): Transition and transition impact: a review of the concept and implications for the EBRD, Report prepared for the EBRD's office of the chief economist, London.
- Blanchard, Olivier J. and Michael Kremer (1997): Disorganization, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 112, No. 4, p. 1091–1126.
- Brandt, Reinhard und Karlfriedrich Herb (2000): Einführung in Rousseaus Gesellschaftsvertrag, in: dieselben (Hrsg.): Jean-Jacques Rousseau, Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts, Akademie-Verlag, Berlin (Klassiker auslegen, Bd. 20), S. 3–26.
- Denisova, Irina, Markus Eller, Timothy Frye and Ekaterina Zhuravskaya (2007): Who Wants to Revise Privatization and Why? Evidence from 28 Post-Communist Countries, Center for Economic and Financial Research at New School of Economics, Working Paper No. 105.
- Denisova, Irina, Markus Eller, Timothy Frye and Ekaterina Zhuravskaya (2012): Everyone Hates Privatization, but Why? Survey Evidence from 28 Post-communist Countries?, in: Journal of Comparative Economics, Vol. 40, No. 1, p. 44–61
- Durlauf, Steven N., Paul A. Johnson and Jonathan R.W. Temple (2005): Growth Econometrics. in: Handbook of Economic Growth. Eds.: P. Aghion and S. Durlauf. Amsterdam, North-Holland, p. 555–677.
- Estrin, Saul, Jan Hanousek, Evzen Kocenda, and Jan Svejnar (2009): The Effects of Privatization and Ownership in Transition Economies, in: Journal of Economic Literature, Vol. 47, No. 3, p. 699–728.
- Eucken, Walter (1952): Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Mohr Siebeck, 7. Aufl. 2004.
- European Bank for Reconstruction and Development, EBRD (2006): Life in Transition Survey (LITS) 2006: A brief report on observations, experiences and methodology from the survey, prepared by Synovate.

- European Bank for Reconstruction and Development, EBRD (2010): Transition Report 2010: Recovery and Reform, London
- Hall, Robert E. and Charles I. Jones (1999): Why Do Some Countries Produce So Much More Output per Worker than Others?, NBER Working Paper No. 6564
- Hardt, Michael and Antonio Negri (2011): The Fight for 'Real Democracy' at the Heart of Occupy Wall Street. The Encampment in Lower Manhattan Speaks to a Failure of Representation, in: Foreign Affairs, October 11, 2011
- von Hayek, Friedrich August (1944): The road to serfdom. University of Chicago Press
- Institut für Demoskopie Allensbach (2010): Einstellungen zur sozialen Marktwirtschaft in Deutschland am Jahresanfang 2010. Erkenntnisse aus repräsentativen Trendfortschreibungen im Auftrag der Heinz Nixdorf Stiftung und der Bertelsmann Stiftung.
- Issing, Otmar (2011): Der Weg in die Knechtschaft, FAZ vom 11.12.2011, verfügbar unter <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/otmar-issing-der-weg-in-die-knechtschaft-11558355.html> (download am 3.3.2012).
- Kaminski, Simone, Dieter Frey, Eva Traut-Mattausch und Tobias Greitemeyer (2007): Die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft, München 2007.
- Meggison William L. and Jeffrey M. Netter (2001): From State to Market: A Survey of Empirical Studies on Privatization, in: Journal of Economic Literature, Vol. 39, No. 2.
- Papaioannou, Elias and Gregorios Siourounis (2008): Democratisation and Growth, in: Economic Journal, Vol. 118, p. 1520–1551.
- Roland, Gérard (2000): Transition and Economics, MIT Press.
- Roland, Gérard (ed., 2011): Economies in Transition. The Long-Run View, Studies in Development Economics and Policy, Palgrave Macmillan.
- Rousseau, Jean-Jacques (1758): Der Gesellschaftsvertrag oder Die Grundsätze des Staatsrechts, übersetzt von Hermann Denhardt (1880), der Volltext ist verfügbar unter http://www.textlog.de/rousseau_vertrag.html.
- Transparency International (2012): Corruption Perception Index 2011, verfügbar unter: <http://cpi.transparency.org/cpi2011/>.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2010): Akzeptanz der Marktwirtschaft: Einkommensverteilung, Chancengleichheit und die Rolle des Staates, Berlin, Januar 2010, verfügbar unter: [http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/ Publikationen/Studien/akzeptanz-marktwirtschaft-wissenschaftlicher-beirat,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf](http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/Studien/akzeptanz-marktwirtschaft-wissenschaftlicher-beirat,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf).